

Bund gibt neue Millionen für Lübecks Uni

Wissenschaftsrat für Gründung eines Gehirnzentrums Saxe: „Großartig“ – Kiel will Finanzierung sichern

VON MICHAEL HOLLINDE UND JOSEPHINE VON ZASTROW

BERLIN/LÜBECK – Im Kampf um den Erhalt der Mediziner- ausbildung hat die Universität Lübeck gestern Rückenwind vom höchsten deutschen Expertengremium bekommen. Der Wissenschaftsrat, der Bund und Länder in Hochschul- und Forschungsfragen berät, empfahl die Gründung eines 38 Millionen Euro teuren Gehirnzentrums in der Hansestadt. Die Experten setzten das Projekt, das je zur Hälfte von Bund und Land finanziert werden soll, auf Platz drei einer bundesweiten Dringlichkeitsliste für Forschungsneubauten.

Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) reagierte erfreut auf die Nachricht aus Berlin. „Das ist ja großartig! Es zeigt, welche Potenziale dieses wichtigste unabhängige Gremium der deutschen Wissenschaftslandschaft in der Lübecker Uni sieht“, erklärte Saxe. Das „Interdisziplinäre Zentrum Gehirn, Hormone und Verhalten (CBBM)“ ist eines von 13 überregional bedeutsamen Vorhaben, die als vorrangig eingestuft wurden. Nach Angaben von Initiator Prof. Hendrik Lehnert, Chef der Medizinischen Uniklinik I in Lübeck, hatte der Wissenschaftsrat insgesamt über 22 Projektanträge zu entscheiden. Die Lübecker Forscher wollen die Rolle des Gehirns im Stoffwechsel und im Energiehaushalt aufklären. Das neue Gebäude soll eine enge Kooperation mit den weite-

ren Arbeitsgruppen in Naturwissenschaften, Vorklinik und Klinik erlauben.

Das Lübecker Vorhaben ist laut Wissenschaftsrat im internationalen Vergleich als im höchsten Maße konkurrenzfähig anzusehen. Zudem seien die Antragssteller thematisch durch hohe wissenschaftliche Qualität ausgewiesen. Und weiter heißt es: „Die Errichtung des Forschungsbaus wird einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der bereits jetzt schon sehr guten Forschungsleistungen liefern.“

Das Ganze hat allerdings einen Haken. So betont das Expertengremium ausdrücklich, dass „es aufgrund einer eventuellen institutionellen Neuordnung der Universitäts-

medizin in Schleswig-Holstein gegenwärtig offen ist, inwieweit das Vorhaben in der geplanten Form umgesetzt werden kann“. Das Gremium erwartet bis zur Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz im Oktober eine verbindliche Erklärung, dass der Medizinstandort Lübeck in seiner bisherigen Form und Qualität erhalten bleibt.

Nach Ansicht von Bürgermeister Saxe zeigt die Entwicklung, wie falsch die Landesregierung mit ihrem Plan zur Schließung der Medizin-Uni liege. Saxe: „Kiel muss seine Fehlentscheidung nun endlich korrigieren und diese Chance ergreifen, eine weitere exzellente Forschungseinrichtung in Schleswig-Holstein anzusiedeln.“ Friederike Kampschulte, BÜroleiterin des Kieler Wissenschaftsministers Jost de Jager (CDU), erklärte auf LN-Anfrage: „Wir wollen auf die 19 Millionen Euro Bundeszuschuss nicht verzichten. Und wir sind bereit, die 19 Millionen Euro Co-Finanzierung zu bezahlen.“ Das Ministerium arbeite seit längerem an einem Konzept, „das das Gehirnzentrum unter Einschluss des Bundeszuschusses ermöglichen soll“, sagte die Sprecherin. Ende September soll es vorliegen.

Unterdessen sind bereits 50 000 Unterschriften für den Erhalt der Lübecker Universität gesammelt worden. Vertreter der Uni wollen heute auf einer Pressekonferenz Details ihres Rettungskonzepts vorstellen. **Seite 2 / Lübeck**



Morgen finden Sie in den LN ein 36-seitiges Extra-Heft über die Lübecker Universität.